

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 60 (1987)

Heft: [12]

Rubrik: Bildungspolitik = Politique de l'éducation

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



BILDUNGSPOLITIK
POLITIQUE DE L'ÉDUCATION

Das aktuelle Interview

**Frau Regierungsrätin Leni Robert,
Erziehungsdirektorin des Kantons
Bern**

F. Haenssler: Frau Robert, Sie sind seit eineinhalb Jahren Erziehungsdirektorin des Kantons Bern. In den letzten Monaten sind verschiedene Gesetze aus Ihrer Direktion z. T. im Grossen Rat behandelt, z. T. in die Vernehmlassung geschickt worden. Warum diese grosse Aktivität im Gesetzgebungsreich? Wollen Sie in Ihrer ersten Amtszeit – hoffentlich gibt es noch weitere – möglichst viel realisieren?

L. Robert: Der Grund liegt weniger bei mir als beim Grossen Rat, der im September 1985 die Gesamtrevision der

Bildungsgesetzgebung beschlossen hat. Im Rahmen dieses Auftrages sind die Gesetzesentwürfe für die Volksschule und die Erwachsenenbildung entstanden. In nächster Zeit muss auch ein neues Gymnasiumsgesetz vorbereitet und das Universitätsgesetz total revidiert werden. Alle genannten Gesetze entsprechen nicht mehr den gegenwärtigen Anforderungen. Das gilt auch für das Stipendiengesetz.

F. Haenssler: In der letzten Session hat der Grosse Rat das neue Stipendiengesetz verabschiedet. Sind Sie mit dem Resultat zufrieden?

L. Robert: Ja. Nachdem die Gesetzesberatungen in der 1. Lesung im Grossen Rat zu einem meines Erachtens unglücklichen Resultat geführt hatten, konnten wir unterdessen die vorbereitende Kommission und auch den Grossen Rat davon überzeugen, dass

die vorgesehene Gleichstellung von Darlehen mit Stipendien finanziell für den Kanton ungünstig ist, weil der Bund Stipendien mit 51% subventioniert, Darlehen aber nicht. Wichtig sind für uns aber vor allem die bildungspolitischen Erwägungen, die eindeutig für die Beibehaltung eines echten Stipendiensystems sprechen. Das Gesetz, wie es nun nach der zweiten Lesung vorliegt, ist gut, in vielen Punkten ist es sogar besser als der ursprünglich vorgeschlagene Entwurf, indem es z.B. Unklarheiten in bezug auf den zweiten Bildungsweg beseitigt und die Stipendienberechtigung präzisiert.

F. Haenssler: Nun eine Frage zum Volksschulgesetz. Der Entwurf enthält das Strukturmodell 4/5. Sie persönlich stehen ein für das Modell 6/3. Ist die Struktur überhaupt so wichtig? Wäre nicht eine Überprüfung der Zielsetzungen und Inhalte der Schule wesentlicher?

L. Robert: Man muss das eine tun und das andere nicht lassen. Die Überprüfung der Zielsetzungen der Schule ist eine Daueraufgabe. Was die Wirkung der Struktur auf die Inhalte angeht, so wird diese von idealistischen Pädagogen gerne unterschätzt. Strukturen haben einen wesentlichen Einfluss auf den Inhalt. Es ist für die Gestaltung einer echten Volksschule ein grosser Unterschied, ob die Primarschule vier oder sechs Jahre dauert. Strukturanpassungen und Reform des Inhalts gehören zusammen. Ein Gesetz hat die Aufgabe, möglichst gute Rahmenbedingungen zu schaf-

fen. Das Modell 6/3 schafft bessere Rahmenbedingungen für eine kindgerechte Schule.

F. Haenssler: Wie beurteilen Sie die Chancen des neuen Strukturmodells 6/3?

L. Robert: Ich beurteile sie als gut. Der Grosse Rat hat die Volksinitiative für ein Schulmodell 6/3 überraschend deutlich, mit 85 gegen 48 Stimmen, zur Annahme empfohlen. Die sehr lange und gründlich geführte Diskussion hat doch deutlich gemacht, dass eine längere gemeinsame Primarschule, wie sie in praktisch allen andern Kantonen üblich ist, bedeutende pädagogische Vorteile aufweist und auch hilft, gefährdete Schulen in den Randgebieten zu erhalten, was gerade für den Kanton Bern sehr wichtig ist. Für die Volksabstimmung bin ich optimistisch. Verschiedene Umfragen in der letzten Zeit haben ergeben, dass ein späterer Übertritt als vernünftig und wünschbar betrachtet wird.

F. Haenssler: Sie waren seinerzeit eine Befürworterin der Initiative für eine freie Schulwahl. Enthält das Gesetz entsprechende Ansätze?

L. Robert: Das Gesetz regelt in Artikel 5, Absatz 5, die Stellung der Privatschule als Alternative zur öffentlichen Schule. Im Artikel 4 wird von den Elternrechten gemäss Zivilgesetzbuch gesprochen. Dadurch wird aber die freie Schulwahl noch nicht gewährleistet. Das Gesetz enthält die im heutigen politischen Umfeld möglichen Ansätze. Die Initiative für freie Schulwahl ist vor noch nicht allzu langer

Zeit in der Volksabstimmung mit grossem Mehr abgelehnt worden. In der letzten Zeit habe ich jedoch festgestellt, dass das Verständnis für die Notwendigkeit und Wünschbarkeit von Privatschulen wächst. Die Einsicht, dass es Alternativen im Schulwesen braucht, nimmt zu.

F. Haenssler: Die Erziehungsdirektorin hat am 10. August den Entwurf für ein Gesetz über die Erwachsenenbildung in die Vernehmlassung geschickt. Die Berner sind für einmal in diesem Bereich die ersten und nicht die letzten. Welche Aufgabe fällt dem Staat in der Erwachsenenbildung zu?

L. Robert: In der Erwachsenenbildung ist die Aufgabe des Staates subsidiär, dort wo ein privates Angebot besteht. Wo nichts vorhanden ist, soll der Staat selber aktiv werden können. Er soll auch koordinierend wirken und sich in der Kursleiterausbildung engagieren.

F. Haenssler: Besteht da nicht ein Widerspruch zu den vom Grossen Rat verabschiedeten Grundsätzen für die Gesamtrevision der Bildungsgesetzgebung, in denen klar gesagt wird, der Staat wirke in der Regel subsidiär? Das heisst doch, selber tritt er nur in Ausnahmefällen auf.

L. Robert: Gesetze müssen offen sein für zukünftige Entwicklungen. Im Bildungswesen zielt die Entwicklung klar darauf hin, die bei uns zu langen und zu befrachteten Erstausbildungen zu entlasten und dafür der Fort- und Weiterbildung und der Erwachsenenbildung allgemein ein grösseres Gewicht zu geben. Das Bildungswe-

sen muss vermehrt als ein Ganzes gesehen werden. Die Erwachsenenbildung gehört ebenso dazu wie die obligatorische Schulzeit und der Staat muss hier auch eine gewisse Verantwortung übernehmen. Das Ziel wäre für mich ein sinnvolles Mit- und Nebeneinander von staatlichen und privaten Aktivitäten auf allen Stufen vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung.

F. Haenssler: Eine letzte Frage. Wie kann das Recht auf freie Schulwahl in der Erwachsenenbildung verwirklicht werden? Im Gesetzesentwurf ist eine verklausulierte Unterstützung von Institutionen vorgesehen, z.B. der Volkshochschule. Wäre es nicht besser, die einzelnen bildungswilligen Erwachsenen zu unterstützen, vielleicht mit einer Art Bildungsgutschein?

L. Robert: Die Idee des Bildungsgutscheins ist verlockend; aber sicher im Moment noch utopisch. Mir scheint sie jedoch primär für die Erstausbildung geeignet. Über die Frage der Art und Weise der Unterstützung in der Erwachsenenbildung haben wir lange diskutiert. Der Gesetzesvorschlag enthält wahrscheinlich nicht das Ei des Kolumbus. Für bessere Vorschläge sind wir dankbar. Wenn in der Vernehmlassung bessere Lösungen auftauchen, werden wir gerne darauf eintreten.

F. Haenssler: Ich danke Ihnen für das Gespräch. Speziell auch für Ihr Engagement und für Ihr Verständnis für die Anliegen der Privatschulen.

25. November 1987



ÉCOLE MOSER
CHÊNE-BOUGERIES - GENÈVE - NYON

Enseignement secondaire et Maturité fédérale
pour élèves externes

Direction: 136, ch. De-La-Montagne 1224 Chêne-Bougeries
Téléphone 022 48 44 45

La Librairie Payot Lausanne

met au service de l'enseignement ses vastes départements

LITTÉRATURE GÉNÉRALE
LIVRES ANGLAIS ET ALLEMAND
LIVRES SCOLAIRES
LIVRES JURIDIQUES ET ÉCONOMIQUES
LIVRES MÉDICAUX ET SCIENTIFIQUES
LIVRES PÉDAGOGIQUES ET D'ORIENTATION
RAYONS SPÉCIALISÉS DANS TOUTES LES BRANCHES
DE L'ACTIVITÉ HUMAINE

*envoie catalogue et prospectus
renseigne, suggère, conseille*

Pour doter maîtres et élèves de manuels scolaires, d'un matériel d'enseignement, d'ouvrages de vulgarisation toujours plus vivants et mieux adaptés aux exigences modernes de la pédagogie

Téléphone (021) 20 33 31
Case postale 3212

1002 Lausanne

2 magasins à Lausanne
Rue de Bourg 1 — Place Pépinet 4

Le rôle de l'enseignement

La préparation et l'adaptation de la main-d'œuvre

Une activité importante menée au titre du nouveau mandat du Comité de l'Education traite des rapports entre l'enseignement et l'économie; elle a pour objet d'étudier comment, et dans quelle mesure, l'enseignement et la formation peuvent contribuer à résoudre certains problèmes économiques auxquels les pays de l'OCDE sont confrontés.

Cette activité dépend en grande partie des travaux analytiques menés dans les pays Membres et plusieurs séminaires professionnels ont déjà été organisés aux Etats-Unis, en Allemagne et en Finlande. Une quatrième réunion de ce genre s'est tenue du 20 au 22 mai à Bonn, organisée conjointement par l'OCDE et par le ministère allemand de l'Education.

A l'occasion du séminaire, la principale question était celle de savoir quels types de changement il convenait d'apporter à l'enseignement et à la formation pour, en fin de compte, accroître l'emploi et réduire le chômage. Le rapport analytique établi par le Secrétariat comporte une information de base propre à éclairer l'examen de trois domaines fonctionnels:

– L'enseignement en tant que préparation à l'emploi. Ce thème couvre les formes habituelles de l'enseignement général et professionnel initial et met en lumière les innovations relatives au contenu et à la forme de cette préparation;

- L'enseignement dispensé aux adultes au cours de leur vie active. L'évocation de ce thème permet d'examiner les dispositions par lesquelles les travailleurs déjà expérimentés mettent leurs qualifications à jour et se requalifient, pour exercer des métiers différents, grâce aux diverses formes de l'éducation permanente et, en particulier, la généralisation de l'enseignement et de la formation dispensés par l'employeur;
- Les mesures destinées à répondre aux besoins de formation des chômeurs, des travailleurs découragés et des travailleurs risquant de perdre leur emploi. Il s'agit ici des différentes catégories qui éprouvent des difficultés sur le marché du travail et de la mesure dans laquelle ces difficultés sont dues à l'insuffisance des qualifications.

En évoquant les changements qui pourraient intervenir, on a tenu compte non seulement des mutations économiques de grande envergure, mais aussi de l'évolution démographique et du problème de plus en plus visible de l'insuffisance des connaissances de base, notamment en lecture et en écriture, que l'on constate chez un grand nombre de travailleurs.

*(Bulletin de l'OCDE,
juin 1987)*

L'OFIAMT

*Présentation par son directeur,
M. Klaus HUG*

L'OFIAMT constitue une partie importante du Département fédéral de l'économie publique compétent en matière de politique économique. Il s'occupe essentiellement de l'économie intérieure. Au centre de ses préoccupations figurent le marché de l'emploi, le développement régional et la formation professionnelle. Plus concrètement, ses tâches concernent la politique en matière de main-d'œuvre étrangère, le placement, l'assurance-chômage, la formation et le perfectionnement professionnel, la pédagogie pour la formation professionnelle, le droit du travail, la protection des travailleurs, les arts et métiers, le développement économique régional, la politique du tourisme et la statistique sociale. La rapidité des mutations structurelles et technologiques, à notre époque, accroît notamment l'importance de la formation professionnelle.

L'OFIAMT a son siège à Berne; il comprend également les inspections fédérales du travail de Lausanne, Aarau, Zurich et Saint-Gall. Ses dix divisions et ses autres services occupent plus de 260 collaborateurs.

La concentration de tâches qui, dans d'autres pays, sont réparties entre plusieurs ministères permet à l'OFIAMT d'harmoniser diverses politiques sectorielles et de veiller à leur cohérence. On évite ainsi de prendre des mesures contradictoires ou faisant double emploi. L'office entretient

des contacts permanents avec les partenaires sociaux afin de pouvoir mener une politique économique efficace, adaptée aux situations et qui soit comprise par tous.

A une époque caractérisée par de rapides mutations techniques et économiques, le renouvellement qualitatif de l'économie suisse est pour l'OFIAMT une préoccupation primordiale. L'office s'efforce d'y contribuer dans tous les domaines où s'exerce son activité. Cette mission est difficile, mais extrêmement importante. L'idée directrice est celle-ci: une économie efficace et compétitive sur le plan international suppose des relations équitables entre les partenaires sociaux, et réciproquement. Dans les questions importantes de l'économie publique comme dans les détails juridiques et techniques, il convient donc de rechercher un esprit de continuité, les solutions de compromis qui s'avèrent les plus heureuses.

(«Entreprendre», Genève)

INFORMATIONEN SCHULE SCHWEIZ
INFORMATIONS SCOLAIRES SUISSES

Informatik- Obligatorium

Am XI. Kolloquium der Arbeitsgruppe Informatik der Mittelschulen vom 30. und 31. Oktober standen die Lehrerbildung, der Lehrplan und das Lehrmittel für das Obligatorium, die Bewertung der Informatikkenntnisse sowie neue Entwicklungen der Telematik und der